Pfund's Condensirte Milch
Beste Kindernahrung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

Curt Heinsius Kgl. Hoflf. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr., Fernspr. A. II, 2100. Mehrjährige Garantie. Kostenfreie Probe. 6 Mal prämiirt, 80 000 St. in Function.
Geräuschlose Thürschliesser m. dopp. Luftentleerung, gewalts. Schliessen schadlos.

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Julius Schädlich Am See 16, part. u. I. Et.

Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaaren.
f. Paletot-, Rock- und Hosenstoffe in deutschen und englischen soliden Fabrikaten. Billard-, Pelz- und Turntuche. Reinwollene Tyrolerloden empfehlen
Pörschel & Schneider, Scheffelstr. 19.

Alle technischen Waaren von Gummi u. Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Ventile, Klappen, Wasserstandsgläser, Oele liefert sofort
Gummifabrik Reinhardt Leupelt, Dresden-A., Weissenstr. 38, Tel. 239

Weihnachts-Neuheiten in Photographie-Albums, Portefeuille-Waaren empfiehlt
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstrasse 3.

Winterloden-Joppen von 8 Mk., Hohenzollernmäntel von 22 Mk.
in Lodenbekleidung grösste Auswahl am Platze. Jos. Fiechtl aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 318. Spiegel: Wirren in Oesterreich-Ungarn. Hofnachrichten. Christlicher Verein junger Männer. Gerichtsverhandlungen. „Robert und Bertram." Concert Pekichen-Schmidt. | Muthmaßliche Witterung: Bewölkt, wärmer. | Dienstag, 17. Novbr.

Die geehrten Inserenten der „Dresdner Nachrichten" ersuchen wir dringend, angesichts des Bußtags (Mittwoch) die für die

Donnerstags-Nummer

bestimmten Inserate uns bereits heute Dienstag zugehen zu lassen.

Zur Bismarckhetze.

Am 23. März 1895 — 16. November 1896.

Zum Fest bereit Alldeutschland stand
Um, dankbar allerwegen,
Auf's theure Haupt herabzuflehn
Des Himmels reichsten Segen.

Des Himmels Gnade, daß er noch
Recht lang' ihn uns erhalte
Den Mann von Eisen und von Erz
Im stillen Sachsenwalde.

Da zuckt's wie Wetterleuchten auf! —
Germania, gewendet
Hat sich vor Scham dein stolzes Haupt.
— Du und Dein Volk geschändet! —

Geschändet von dem dunklen Schwarm
Der, vaterlandsvergessen,
Die „Volksvertreter" — Gott erbarm'! —
Zu nennen sich vermessen!

Und wieder sitzt am alten Platz
Die Internationale. —
Die schwarz-roth-gold'ne Fahne weht
Wie einst im Reichstagssaale.

Und wieder — deutsches Herz bleib' still!
Dieselben sind's, die tagen:
Nichtdeutsche, um an Bismarck's Ruhm,
Der unser ist, zu nagen. —

Spritzt Euer Gift, vom Haß erzeugt,
Nur immer aus auf's Neue:
Das deutsche Herz, es schlägt doch fort
Zu ihm in alter Treue.

Zu ihm auch heute! — liebewarm
Laßt seine Hand uns fassen. —
Wer soviel für ein Volk gethan,
Den kann das Volk nicht hassen.

— u

Politisches.

Was an dieser Stelle bereits vor nahezu Jahresfrist vorausgesagt und auch anläßlich der jüngsten Besprechung über die ungarischen Wahlen wieder betont wurde: daß die inneren Wirren in Oesterreich nicht nur die beiden Reichshälften in erweitertem Gegensatz zu einander bringen, sondern auch die äußere Politik auf die Dauer ungünstig beeinflussen würden, das wird jetzt durch den Gang der Ereignisse bestätigt. Es sind zwei bemerkenswerthe politische Vorgänge, die sich zur Zeit in der habsburgischen Monarchie abspielen; einmal der schnelle Feldzug gegen Ungarn, der von dem siegreichen österreichischen Antisemitismus und Klerikalismus neuerdings auf der ganzen Linie eröffnet worden ist und dessen praktisch-politische Konsequenz in dem auf gestern zur parlamentarischen Berathung angesetzt gewesenen Dringlichkeitsantrag Pattai-Lueger auf Kündigung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn zum Ausdruck kommt, zum anderen ein offiziöser, recht unverhüllter Federkrieg zwischen den Regierungsblättern hüben und drüben über die Dreibundpolitik.

Den Angelpunkt der innerösterreichischen Lage bildet augenblicklich das Verhältniß zwischen Antisemitismus und Klerikalismus. Wie die Dinge zur Zeit liegen, ist nicht zu bezweifeln, daß Herr Dr. Lueger das Heft in Händen hat und sich, wenn er nicht will, durchaus nicht als Werkzeug der Klerikalen benutzen zu lassen braucht. Es ist geradezu frappant, wie die Verhältnisse einem selbstbewußten Ausspruche Dr. Lueger's bisher Recht gegeben haben. Nach dem antisemitischen Wahlsiege bei den Wiener Gemeinderathswahlen sprach nämlich der volksthümliche Parteiführer gelassen das stolze Wort aus: „Dieses Mal haben wir die Stadt Wien erobert, bei der Wahl zum niederösterreichischen Landtag erobern wir das Land und dann machen wir uns an die Eroberung des Reiches." Auch der zweite Theil dieser Vorhersage ist bereits eingetroffen. Die Wahlen zum Landtag in Nieder-Oesterreich haben die bisherige Zusammensetzung jener Körperschaft vollständig umgeworfen, indem sie dem Liberalismus auch hier den Todesstoß versetzten und die antiliberale Majorität im Triumphe hereinführten. Ob es angesichts dieser mit unwiderstehlicher Gewalt fortschreitenden Entwickelung wohl noch viele „kluge Leute" im liberalen Lager geben mag, die, im Banne der von dem Wiener liberalen Hauptorgan kürzlich selbst gerügten „rein verzentuellen Gesinnung", gegenüber der sich vorbereitenden Verwirklichung der dritten Phase des Lueger'schen Siegeszugs immer noch ein überlegenes, ungläubiges Lächeln zur Schau zu tragen geneigt sind? Wenn also die Chancen für die Partei Lueger so aussichtsvoll sind, ist kaum anzunehmen, daß das kluge Haupt der Bewegung sich die Gunst weiter Kreise seiner Anhänger leichtsinnig verscherzen werde durch eine bei der Mehrzahl der Partei jedenfalls nicht beliebte Gefügigkeit gegen die klerikalen Dunkelmänner. Das Eine ist freilich nicht zu verkennen, daß an der Seite des Antisemitismus der Klerikalismus in wachsender Machtfülle einhergeht und „suchet, wen er verschlinge". Soweit die Antiliberalen Stellung gegen Ungarn nehmen, haben sie die Klerikalen zu bedingungslosen Freunden. Ein klerikales Blatt geht in seinem Eifer sogar soweit, zu behaupten, die ungarischen Wahlen entbehrten der verfassungsmäßigen Giltigkeit. Es ließe sich leicht darthun, daß die Majorität des ungarischen Abgeordnetenhauses auf ungesetzlichem Wege, zum Theil sogar durch verbrecherische Mittel zu Stande gekommen sei und darum auch kein verfassungsmäßiges Existenzrecht besitzt. Als Dritter im Bunde gesellt sich dazu der Polonismus. Was bei einem Zusammenwirken von Klerikalismus und Polonismus für den geistigen Fortschritt herauskommt, läßt sich in recht erbaulicher Weise aus den Schulverhältnissen in Galizien entnehmen. Im Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses ist festgestellt worden, daß zur Zeit in Galizien 700,000 schulpflichtige Kinder in 2500 Gemeinden keinen Schulunterricht genießen, weil Schulgebäude einfach nicht vorhanden sind. Weitere 400 Schulen feiern, weil keine Lehrer zur Abhaltung des Unterrichts zu finden sind und an 1000 Schulen amtiren keine ordnungsmäßig geprüften Lehrer. Solche Zustände machen es begreiflich, daß das gebildete österreichische Deutschthum sich mehr und mehr von einem tiefen Mißtrauen gegen die derzeitige Leitung der inneren Politik ergriffen fühlt, soweit nationale, freiheitliche und kulturelle Angelegenheiten in Frage kommen. Graf Badeni aber scheint nicht das Geringste thun zu wollen, um das nagende Unbehagen zu zerstreuen. Kann man es unter solchen Umständen den deutschen Kreisen verdenken, wenn sie vielfach die sachlich gewiß begründeten Bedenken gegen die nationale Willkürherrschaft und die Verjudung des Magyarenthums zurücktreten lassen gegen die Erwägung, daß in Ungarn doch wenigstens nicht jene dumpfe Stick- und Moderluft herrscht, die als unausbleibliche Folge jeder klerikalen Herrschaft dem modernen Menschen den Athem benimmt?

Das ungarische Regierungsblatt, der „Pester Lloyd" hat es sich zuerst angelegen sein lassen, aus den inneren Wirren in Oesterreich ein Fragezeichen für die auswärtige Politik zu formen. Das offiziöse Blatt erklärt rund heraus, das letzte Ziel des Klerikalismus sei die Zertrümmerung des Dreibunds. Demgegenüber spricht es dem Grafen Goluchowski sein Vertrauen aus, daß er seine Zirkel durch die „Vandalen der Reaktion" nicht werde stören lassen. Ein anderes hochoffiziöses Blatt, der „Nemzet", schießt einige Pfeile gegen den Grafen Badeni ab, dem vorgeworfen wird, er sehe der „Hetze gegen Ungarn und dem Ausgleich" unthätig zu. Wenn Graf Badeni jetzt schon eine so schwächliche Haltung zeige, so werde seine Ohnmacht noch weit größer sein nach dem Zusammentritt des neuen Abgeordnetenhauses mit seiner veränderten Mehrheit. Das offiziöse Organ der Wiener Regierung ist auf diese Angriffe die Antwort nicht schuldig geblieben. Zur Sache führte es aus, daß die auswärtige Politik dem inneren Parteigetriebe entrückt sei, und benutzte gleichzeitig die Gelegenheit, um dem Kabinet Banffy eine durch Deutlichkeit der Sprache ausgezeichnete Vorlesung über politischen Takt zu halten. Daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen nicht blos um ein harmloses offiziöses Schreibturnier handelt, beweist der Umstand, daß der ungarische Ministerpräsident eigens aus der in Rede stehenden Ursache nach Wien geeilt ist und dort nach einer Audienz beim Kaiser mit den Grafen Goluchowski und Badeni verhandelt hat. In der Konferenz mit dem Grafen Badeni soll die innerösterreichische Lage und der Standpunkt des Grafen ihr gegenüber den Brennpunkt der Erörterungen gebildet haben, während bei dem Grafen Goluchowski wohl ausschließlich die auswärtigen Beziehungen zur Sprache gekommen sein dürften.

Wenn man sich auf einen unparteiischen, von der Vorliebe für klerikal-politische Bestrebungen nicht beeinflußten Standpunkt stellt, so kann man sich in der That der ernsten Befürchtung nicht erwehren, daß ein weiteres Fortschreiten der klerikalen Herrschaft in Oesterreich schon wegen ihrer direkt gegen Italien gerichteten Spitze ein Element der Störung in die deutsch-österreichische Bundestreundschaft zu bringen geeignet sei. Auch die „Nordd. Allg. Ztg." hat in diesen Tagen ähnliche Andeutungen laut werden lassen. Es kommt hinzu, daß der Klerikalismus englischen Einflüsterungen zugänglich und einer Verständigung mit Rußland abgeneigt ist und sich daher auch von diesem Gesichtspunkte als eine unerfreuliche Zugabe zu unserem Bundesverhältniß zu Oesterreich erweist. Das Eine ist allerdings über jeden Zweifel erhaben, daß Kaiser Franz Joseph II. fest an der Bundestreue hält und unentwegt an der Seite Deutschlands steht. Andererseits ist es aber auch eine ebenso unbezweifelbare Thatsache, daß ein konstitutioneller Herrscher von einem gewissen Augenblick an die völlige Freiheit der persönlichen Entschließung verliert und seinen eigenen Willen einer unwiderstehlich gewordenen Verschiedung der Verhältnisse beugen muß. Die Gefahr, daß ein solcher Umschwung eintreten könnte, wird mit jedem neuen Schritte größer, den der Klerikalismus in Oesterreich nach vorwärts macht. Auch die letzten offiziösen Kundgebungen von Pest aus äußern sich in dem Sinne, daß die kurzab gehaltene Bemerkung des Wiener „Fremdenblattes", die auswärtige Politik stehe völlig außerhalb der parteipolitischen Wandlungen im Innern, nicht haltbar sei. Verfassungsmäßig stehe vielmehr sowohl den beiden Parlamenten wie der Pester und Wiener Regierung ein Einfluß auf die äußere Politik zu. Jede der beiden Regierungen habe daher die Pflicht, nach Kräften zu verhindern, daß von Seiten der Parlamente ein Druck ausgeübt werde, um den auswärtigen Beziehungen, die sich sowohl als den österreichisch-ungarischen Interessen förderlich, wie der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens dienlich erwiesen hätten, einen anderen Charakter zu geben. Die nächste Folge des Preßfeldzugs zwischen Wien und Budapest dürfte jedenfalls die sein, daß Graf Badeni sich zu einer etwas klareren Stellungnahme gegenüber den Kardinalfragen der innerösterreichischen Politik gezwungen sehen wird, als er sie bisher einzunehmen für gut befunden hat.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. Novbr.

Berlin. Reichstag. Die Tribünen sind überfüllt. Am Bundesrathstische Fürst Hohenlohe, Staatssekretäre v. Marschall, v. Boetticher, Minister v. Goßler, v. Hammerstein und zahlreiche Kommissare. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Centrums betreffend die Hamburger Enthüllungen: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft darüber zu geben, 1. ob bis 1890 ein geheimer Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland bestanden hat, 2. im Falle ein solcher Vertrag bestanden, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern; 3. welchen Einfluß die jüngsten Veröffentlichungen über diese Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten geübt habe. — Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. — Abg. Graf Hompesch (Centr.) weist auf die durch die Hamburger Enthüllungen hervorgerufene lebhafte Bewegung und Beunruhigung hin. Infolge des dadurch hervorgerufenen Mißtrauens habe das deutsche Volk ein Recht, zu erfahren, ob jene Enthüllungen auf Wahrheit beruhen. — Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Auf die Interpellation habe ich Folgendes zu erklären: Ueber die Verhandlungen, die vom Jahre 1887 bis 1890 zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche bestanden haben, ist seinerzeit unbedingte Geheimhaltung verabredet worden. Der Zeitpunkt, von welchem an diese Verpflichtungen aufhören, kann hiernach nicht von uns einseitig bezeichnet werden. Ich bin daher zur Zeit nicht in der Lage, über das Ergebniß dieser Verhandlungen amtlich Auskunft zu ertheilen. Was sodann die Haltung der deutschen Politik gegenüber Rußland im Frühjahre 1890 betrifft, so ist auch hier meinerseits eine erschöpfende Antwort nicht möglich, so lange jene Verpflichtung fort besteht. Was in dieser Beziehung gesagt werden kann, überlasse ich dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen Amtes darzulegen, der damals an den Berathungen theilgenommen. Nach sorgfältiger Prüfung des vorhandenen Materials kann ich nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Politik leiteten, als vollwichtig anzuerkennen. (Beifall.) Dabei kann ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine ungünstige Veränderung in unseren Beziehungen zu Rußland als Folge jener Politik sich nicht nachweisbar gemacht hat. Die Behauptung, daß damals oder jetzt insbesondere englische oder überhaupt ausländische Einflüsse mitgewirkt hätten, muß ich als jeder Begründung entbehrend zurückweisen. (Hört! Hört!) Was die Wirkungen betrifft, welche die jüngsten Veröffentlichungen auf die Stellung Deutschlands zum Dreibunde und sein Verhältniß zu den übrigen europäischen Mächten gehabt haben, so freue ich mich, erklären zu können, daß die Wolke des Mißtrauens, welche sich in dem ersten Augenblicke in einzelnen Schichten der Bevölkerung jener Länder gezeigt hat, wieder verschwunden ist und daß unser Verhältniß zu unseren Verbündeten nach wie vor getragen ist von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen. (Beifall.) Desgleichen haben unsere Beziehungen zu Rußland keinen Augenblick aufgehört, gute und freundliche zu sein. (Lebhafter Beifall.) — Staatssekretär v. Marschall: Ich bitte, von mir keine Enthüllungen zu erwarten, es würde das nur den Streit vermehren. Meine Aufgabe ist nur die Vertheidigung und die Beleuchtung gewisser Angriffe. Diese gingen dahin, daß Deutschland mit dem Separatabkommen eine Friedensgarantie preisgegeben hätte und daß eine Verabredung getroffen wäre, welche mit den bestehenden Verträgen in Widerspruch stünde. Letztere Anklage habe die Regierung am schwersten getroffen, denn sie habe an einer Stelle getroffen, wo sie, wie er mit Stolz sagen könne, am empfindlichsten sei. Ich weise daher die Anklage auf das Entschiedenste zurück, als ob wir jemals Etwas gethan hätten, was auch nur im Geringsten unvereinbar wäre mit unseren Verträgen weder dem Geiste noch dem Wortlaute nach. (Bravo!) Bei aller Bewunderung der staatsmännischen Weisheit, welche zu unseren Verträgen geführt hat, dürften doch Zweifel gestattet sein, ob durch die Mehrzahl der Verträge der innere Werth jedes einzelnen Vertrags gesteigert werden würde. Ein Bündnißvertrag zur Sicherung gegenüber ferneren Angriffen kann nur dann rathsam sein, wenn auch ein vollkommen gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Interessen vorhanden sind. Man sagt, wir hätten mit Rußland einen Vertrag geschlossen, der uns zu wohlwollender Neutralität verpflichte, wenn Rußland von Oesterreich angegriffen wäre. Ob das richtig ist, weiß ich nicht, aber wenn es richtig ist, was die „Enthüllungen" sagen, so hätten wir auf der einen Seite die Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität, auf der anderen zu gemeinsamem Vorgehen (sehr richtig) und wir hätten dann also die schwierige Frage zu entscheiden gehabt: Wer ist der Angreifer und wer der Angegriffene? Wenn ein so hervorragender Staatsmann wie Fürst Bismarck glaubte, solche Schwierigkeiten in Aussicht nehmen zu können, so steht doch dessen Staatskunst so anerkannt fest, so felsenfest, daß sie keiner Bestätigung bedarf; wenn aber sein Nachfolger über diese Rückversicherung eine andere Auffassung hatte und an der Zweckmäßigkeit einer unbedingten Geheimhaltung solcher Verträge zweifle, heute, so mag man diese Auffassung kritisiren, aber ein so verdienstvoller und gewissenhafter Mann wie Graf Caprivi ist doch wohl erhaben über Angriffe dieser Art. Redner weist dann den Verdacht zurück, als ob England irgendwie seine Hand im Spiele gehabt habe. Unsere Beziehungen zu Rußland bedürfen auch nicht des Vorstehenden solcher Abmachungen; es hieße das Verdienst Bismarck's verkleinern, wenn man behaupten wollte, unsere Beziehungen beruhten auf keiner anderen Grundlage als auf jenen Abmachungen. Unser Verhältniß zu Rußland hat dauerndere Grundlagen, die Freundschaft der Souveräne und der Regierungen und das Vorhandensein mancher gemeinsamer Interessen. Auch seit 1890 haben wir mit Erfolg diese guten Beziehungen zu Rußland auf dieser Grundlage gepflegt und es hat seit jener Zeit keine ernste Differenz zwischen Rußland und uns bestanden. Ich habe nicht die Absicht, Etwas zu sagen, was den Streit ver-

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt.